



.ausgestrahlt

Gegen ein Comeback der Atomenergie! Für eine sonnige Zukunft!



Blockade in Gorleben (Foto: Timo Vogt/randbild.de)

2009 wird es ernst

Ein offener Kampf um den Atomausstieg steht bevor

Die ganze Absurdität des Atomkonsens wird derzeit sichtbar: Eigentlich wären in dieser Legislaturperiode vier Atomkraftwerke abgeschaltet worden: Biblis A und B, Neckarwestheim 1 und Brunsbüttel. Die im Jahr 2000 vereinbarten Reststrommengen gingen zur Neige und die Anträge der Betreiber auf Laufzeitverlängerung wurden vom Bundesumweltminister abgelehnt. Und trotzdem geht wohl vor der nächsten Wahl im Herbst 2009 kein Reaktor vom Netz. Dies liegt kurioserweise daran, dass die betroffenen AKW so störanfällig sind.

Im Atomkonsens wurden keine zeitlichen Fristen bis zum Abschalten der Meiler festgelegt, sondern Strommengen, die pro Kraftwerk noch produziert werden dürfen. Und wenn ein Reaktor stillsteht, dann produziert er keinen Strom und sein Rest-Kontingent

bleibt erhalten. In Biblis mussten über ein Jahr falsch montierte Dübel erneuert werden. In Brunsbüttel hat es gebrannt und seit Monaten wird eine ellenlange Mängelliste zumindest teilweise abgearbeitet. Da geht viel Zeit ins Land. Wenn die AKW dann wieder ans Netz gehen, wie in Biblis inzwischen geschehen, dann reicht die Reststrommenge plötzlich zu einem Betrieb über den Wahltermin 2009 hinaus. Und das AKW Neckarwestheim 1 wird seit Monaten nur noch mit halber Leistung gefahren, um den Betriebszeitraum zu strecken.

Elf Jahre werden bei der nächsten Bundestagswahl vergangen sein, seit die rot-grüne Regierung 1998 angetreten ist, um den Atomausstieg zu organisieren. Elf Jahre, in denen mit Obrigheim und Stade nur die beiden kleinsten Reaktoren abgeschaltet wurden. Die 17 Großanlagen strahlen weiter um die Wette. Damit erscheinen die Schlagzeilen nach den

Koalitionsverhandlungen der Großen Koalition 2005 in einem ganz neuen Licht, als überall zu lesen war „SPD setzt sich durch: Es bleibt beim Atomausstieg“. Pustekuchen! Seit einem Jahrzehnt gibt es in diesem Land offiziell eine Ausstiegs-Politik, nur ausgestiegen wurde bisher

Fortsetzung auf S. 2

Liebe Freundinnen und Freunde

Hier präsentieren wir Euch den ersten eigenständigen Rundbrief der Kampagne .ausgestrahlt. In Zukunft bekommen alle, die dies wünschen, regelmäßig Informationen über Atompolitik und über Möglichkeiten, sich aktiv einzumischen. Wir hoffen, dass dieser Rundbrief schnell eine große LeserInnenschaft gewinnt, als kleines, aber wachsendes Gegengewicht zur millionenschweren Propaganda der Atomlobby.

Die Redaktion

Rundbrief 1 | Frühjahr 2008

INHALT

Atompolitische Situation 1-3 | Belene 4 | Kinderkrebs-Studie 4
Krümmel und Brunsbüttel 5 | Urantransporte 6 | Biblis 6 | Mitmachen 7-8

Rundbrief kostenlos
abonnieren S.8

Fortsetzung von S. 1

nicht. Für die AKW-Betreiber ist das eine relativ komfortable Situation, haben sie sich doch ihre Zustimmung zum angeblichen Ausstieg mit einer Menge Zugeständnissen seitens der damaligen Bundesregierung abkaufen lassen.

Sieben AKW stehen auf der Abschalt-Liste

Jetzt hoffen die Stromkonzerne darauf, dass es nach der Wahl 2009 eine Mehrheit für Union und FDP gibt und die Laufzeiten für die immer älter werdenden Reaktoren wieder völlig frei gegeben werden. Doch selbst wenn es zu dieser Wunschkonstellation der Atomlobby nicht kommt, wird es massiven Druck auf die kommende Bundesregierung geben, den

Betrieb der AKW zu verlängern. Denn nach dem Reststrommengen-Modell würden in der nächsten Legislaturperiode sieben Reaktoren vom Netz gehen. Zu den bereits genannten in Biblis (A + B), Neckarwestheim und Brunsbüttel kommen dann noch Philippsburg 1, Ohu 1 und Esensham.

Es ist also davon auszugehen, dass schon rund um den Bundestagswahlkampf 2009, aber eben auch in der Zeit nach der Wahl, der große politische Kampf um die Laufzeiten erst richtig losgeht. Bei einer schwarz-gelben Mehrheit ist relativ sicher mit dem Versuch zu rechnen die Laufzeiten aufzuweichen. Doch selbst in diesem Fall wird das kein Automatismus, wenn die gesellschaftliche Gegenwehr gut organisiert ist.

Und bei anderen Wahlausgängen?

Umweltminister Sigmar Gabriel spricht ab und zu davon, dass es im Bundestag keine Mehrheit für die Verlängerung der Laufzeiten gibt und bildet damit rhetorisch eine rot-rot-grüne Anti-Atom-Koalition. Sowohl SPD als auch Grüne und Linkspartei wollen im Augenblick mindestens an den derzeit im Atomgesetz festgelegten Reststrommengen festhalten. Ob dies für die SPD auch noch nach der Wahl zutrifft, wird sich erst zeigen müssen, vor allem, wenn es zu einer Neuauflage der großen Koalition oder zu einer Ampelkoalition mit Grünen und FDP kommt. Die Atomlobby wird nichts unversucht lassen, die SozialdemokratInnen von ihrer derzeitigen relativ klaren Anti-Atom-Haltung in kleinen Schritten wegzuführen.

Image-Politur als erster Schritt zur Offensive

Eine entscheidende Rolle wird dabei der IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) mit ihrem Vorsitzenden Hubertus Schmoldt zufallen. Die Pro-Atom-Gewerkschaft soll einerseits insgesamt im DGB für eine atomfreundlichere Haltung werben, aber auch ihren Einfluss auf den sozialdemokratischen Funktionärskörper nutzen, um die Interessen der Stromkonzerne zu vertreten. Schmoldt ist stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender von E.on. Damit ist er mindestens genauso interessengeleitet wie der Ex-Wirtschaftsminister und RWE-Aufsichtsrat Wolfgang Clement, der sich wegen seiner Angriffe auf das energiepolitische Konzept von Andrea Ypsilanti kurz vor der Hessenwahl in seiner Partei unbeliebt gemacht hat. Doch Schmoldt stellt es geschickter an als Clement. Er

wählt nicht den Weg über die Öffentlichkeit, sondern macht intensive Lobbyarbeit hinter verschlossenen Türen.

Die vier großen Stromkonzerne sind derzeit intensiv bemüht, von ihrem Image-Allzeittief wegzukommen. Investitionen in erneuerbare Energien, der angekündigte Verkauf des E.on-Stromnetzes, Sozialtarife und der vorläufige Verzicht auf weitere Preiserhöhungen sollen den Ansehensverlust bremsen und damit politische Handlungsspielräume zurückholen. Die neue Riege der Vorstandsvorsitzenden (Jürgen Großmann bei RWE, Hans-Peter Villis

bei EnBW, Tuomo Hatakka bei Vattenfall) ist bemüht, die beschädigten Drähte zur Politik wieder instand zu setzen. Statt medienwirksamer aber wenig effektiver Energiegipfel, setzt man nun auf stille Diplomatie unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

Doch auch die öffentliche Debatte wird weiter angeheizt. Die PR-Maschinerie läuft sich warm für den großen Showdown im Jahr 2009. RWE-Chef Großmann warnt vor einer Stromlücke und Blackouts, wenn in den nächsten Jahren gleichzeitig Atomkraftwerke stillgelegt werden und Bauvorhaben für Kohlekraftwerke aufgrund wachsenden Widerstandes nicht vorankommen. Dabei ist die Bundesrepublik einer der größten Stromexporteure Europas. Selbst als im letzten Sommer zeitweise sieben AKW vom Netz waren, wurde hierzulande noch ein Überschuss produziert.

Die wachsende berechtigte Kritik aus der Bevölkerung an den Neubauplänen für gigantische kohlebetriebene CO2-Schleudern, wird so ganz praktisch umfunktioniert und soll als zusätzliches Argument für die Laufzeitverlängerung der AKW dienen. Da wird so getan, als gäbe es nur die Wahl zwischen Kohlekraft oder Atomkraft wie zwischen Pest und Cholera. Dabei liegen die Konzepte längst auf dem Tisch, wie sich trotz Atomausstieg (wenn er denn mal kommt) auch auf neue Kohlekraftwerke verzichten lässt.

In der sich abzeichnenden Auseinandersetzung des Jahres 2009 wird das Klimaargument natürlich eine Hauptrolle spielen. Die Stilllegung von sieben AKW fällt mit der Deadline für die Kyoto-Klimaziele 2012 zusammen. Da würde es sich doch gut machen, so



AKW Krümmel (Foto: Jan Becker)

die Atomlobby, wenn durch geringe Laufzeitverlängerungen die CO2-armen Reaktoren noch einige Jährchen länger laufen. Unterschlagen wird dabei, dass sich mit Atomkraft keine Häuser heizen lassen und so alle, die CO2-armen Atomstrom beziehen, gleichzeitig Gas oder Öl verfeuern, um ihre Bude warm zu bekommen. Würde man mit dem Gas verbrauchernahe Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen betreiben, könnte das AKW ersetzt werden, Strom und Wärme wäre trotzdem da – und das ohne zusätzliche Klimabelastung.

Erste scheinbar verlockende Angebote für eine weitere Aufweichung des Atomkonsenses liegen schon auf dem Tisch: So will EnBW die Verlängerung der Laufzeiten seiner AKW daran knüpfen, einen Teil der so entstandenen zusätzlichen Gewinne in die Forschung zu Erneuerbaren Energien zu investieren. Wobei: Eigentlich lässt sich auch dies als PR-Trick durch-

schauen, investieren die Konkurrenten von RWE und E.on unterdessen doch auch ganz ohne Laufzeitverlängerung Milliarden in diesen Bereich, weil sich das Geschäft mit Sonne, Wind, Wasser und Biomasse inzwischen auch für die Großen lohnt.

Wir nehmen die Aufforderung zum Tanz an

Das Jahr 2008 dient der Atomlobby zur Vorbereitung für den großen Kampf im nächsten Jahr. Die Anti-AKW-Bewegung sollte Ähnliches tun. Und zwar nicht nur die in Initiativen organisierten AtomkraftgegnerInnen, sondern alle, die es nach Krümmel-Brand, Kinderkrebsstudie und tausenden von lockeren Dübeln nicht mehr länger mit ansehen können, dass ernsthaft über eine Zukunft mit Atomkraft diskutiert wird.

Wie schön, dass wir in dieser Situation über ein Instrument wie die

.ausgestrahlt-Kampagne verfügen. Mit .ausgestrahlt wollen wir ein Angebot für alle Unorganisierten machen, wollen Euch Informationen und Argumente zur Verfügung stellen, wollen einladen zu kleinen und größeren Aktionen, wollen über die Internetseite www.ausgestrahlt.de auch kurzfristig und schnell eingreifen – mit Eurer Hilfe.

Wir brauchen Menschen, die unsere Arbeit finanziell unterstützen und wir brauchen Menschen, die aktiv in die Koordinationsarbeit von .ausgestrahlt einsteigen. Unsere guten Ideen, wie der Kampf gegen die Atomlobby zu gewinnen ist, übersteigen derzeit noch deutlich unsere finanziellen und zeitlichen Möglichkeiten. Deshalb: Macht mit! (Rückmeldebogen auf der Rückseite des .ausgestrahlt-Rundbriefes)

Jochen Stay



mehr Infos
www.ausgestrahlt.de
kontakt: info@ausgestrahlt.de

Belene – der Kampf geht weiter

Ein sowjetischer Schrottreaktor, der in einem bulgarischen Erdbebengebiet gebaut werden sollte, lehnte im Jahr 2006 deutsche Banken das Fürchten. Commerzbank, Deutsche Bank und HypoVereinsBank hatten sich für die Finanzierung des Atomkraftwerkes interessiert. Massive Proteste auf Hauptversammlungen, in Form von Briefen und Postkarten sowie vor Bankfilialen ließ die Banken ihre Meinung ändern. Sie erklärten öffentlich, dass sie das Projekt nicht finanzieren würden. Auch andere internationale Banken lehnten dankend ab.

Auftritt BNP Paribas, französische Großbank ohne Problembewusstsein bei Atomprojekten: Bulgarische Medien berichteten, dass die Bank einen Überbrückungskredit von 250 Millionen Euro für den Bau von Belene organisieren würde (geschätzte Gesamtkosten für die zwei Blöcke, die 2.000 MW produzieren sollen, liegen bei mindestens 4 Mrd. Euro). Im Juni 2007 wurde in 15 Ländern vor Filialen der BNP Paribas protestiert. Die Bank behauptete daraufhin, das Geld sei nicht für das Atomkraftwerk, sondern für Sicherheitsstudien.

Die Suche nach weiteren Geldern gestaltet sich nach wie vor extrem schwierig, weshalb die bulgarische Regierung verschiedene Lösungsmöglichkeiten verfolgt:

1. Internationale Investoren sollen in 49% des Projekts einsteigen und Finanzen mitbringen. Unter den Bewerbern finden sich alte Bekannte: neben der tschechischen CEZ, der französisch-

belgischen Elektrabel, sowie ENEL aus Italien, wollen auch RWE und E.ON in Belene einsteigen. Eine Entscheidung über die Bewerber soll in diesem Jahr fallen.

2. Die Europäische Kommission hat sich, trotz breiter Proteste positiv zum geplanten AKW geäußert. Auf der Grundlage können Gelder bei Euratom und der Europäischen Investitionsbank beantragt werden. Allerdings hat die Kommission den Protesten insofern Rechnung getragen, dass sie in ihrer Stellungnahme betont, dass sie bisher ausschließlich die technischen Daten geprüft hat. Werde sie um Geld gebeten, müsse sie auch Umweltfragen prüfen, wozu dann Erdbebengebiet, Umweltverträglichkeitsprüfung etc. gehören.

3. Bei einem Besuch in Bulgarien im

Januar 2008 hat Präsident Putin gesagt, dass 3,8 Mrd. Euro im russischen Staatshaushalt für Belene eingestellt seien, wenn sie nötig wären. Ein verzweifelter Versuch, diesem Exportprojekt des russischen Konzern Atomstroyexport zu helfen. Interessant ist dabei besonders, dass russische Quellen sagen, dass sich die Summe tatsächlich nirgendwo im russischen Staatshaushalt wieder findet.

Fazit: die Finanzierung bleibt ein großes Problem für Belene. Unser Kampf um den Bau ist nicht gewonnen, aber auch nicht verloren. Er geht weiter. Und schon bald bitten wir vielleicht wieder zum Protest bei RWE, E.ON oder auch der Europäischen Investitionsbank – und zählen auf Eure Unterstützung

Regine Richter, urgewald
www.urgewald.de



Protestaktion in Amsterdam gegen BNP Paribas (Foto: FoE International)

Kinderkrebs um Atomkraftwerke

In der Nähe von Atomkraftwerken erkranken Kleinkinder häufiger an Krebs und Leukämie.

Kleinkinder, die näher an deutschen AKW wohnen, erkranken häufiger an Krebs und an Leukämie, als Kleinkinder, die weiter von Atomkraftwerken entfernt wohnen. Dies ergab die vom Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) in Auftrag gegebene „Epidemiologische Studie zu Kinderkrebs in der Umgebung von Kernkraftwerken“ (KiKK-Studie).

Die KiKK-Studie war 2001 von Ulmer Ärztinitiative - IPPNW durch eine breit

angelegte Öffentlichkeitsarbeit eingefordert worden. Erst nach massivem öffentlichem Druck und über 10.000 Protestbriefen hatte das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) die Notwendigkeit einer solchen Untersuchung akzeptiert und den Auftrag an das Mainzer Kinderkrebsregister vergeben.

Die KiKK-Studie untersuchte alle 16 AKW-Standorte in der BRD. Dabei fand sich eine um 60% erhöhte Kinder-

krebsrate und eine um 120% erhöhte Leukämierate bei Kleinkindern im AKW-Nahbereich. Das Krebs- und Leukämierisikos nahm dabei mit der Nähe zum Atomkraftwerk signifikant zu.

Die Autoren der Studie – von dem Ergebnis überrascht – verwiesen darauf, dass die erhöhten Erkrankungsraten nicht mit den radioaktiven Emissionen erklärt werden könnten. Da dies nicht mit dem heutigen strahlenbiolo-

gischen Wissen vereinbar sei, wurde als mögliche Erklärung auch „der Zufall“ herbeizitiert. War aber wirklich alles nur Zufall?

Wer bei der KiKK-Studie den Zufall bemüht, ignoriert den aktuellen Stand der Forschung: Bereits im Sommer 2007 hatte eine umfangreiche Meta-Analyse von Baker et al. Leukämie-Daten von insgesamt 17 internationalen Studien ausgewertet und ein erhöhtes Erkrankungsrisiko auch für andere Altersgruppen in AKW-Nähe festgestellt. Niemand kann deshalb ausschließen, dass auch

für ältere Kinder und für Erwachsene erhöhte Krebsrisiken in der Umgebung von Leistungsreaktoren bestehen.

Als Konsequenz daraus müssen die bisherigen Emissionsmessungen geändert werden. Bisher hat man sich auf die Angaben der AKW-Betreiber verlassen. Es sind aber lückenlose amtliche Eigen-Messungen und öffentliche Messwertangaben notwendig. Außerdem müssen die bisherigen Annahmen zum Strahlenrisiko an den aktuellen internationalen Forschungsstand angepasst werden.

Am wichtigsten jedoch ist: Weitere zusätzliche Krebs-Erkrankungen in der Nähe der Atomkraftwerke müssen verhindert werden. Nur von einem stillgelegten Atomkraftwerk geht zumindest keine weitere Krebsgefahr mehr aus.

Reinhold Thiel, Sprecher der Ulmer Ärztinitiative - IPPNW

Weitere ausführliche Informationen und Literatur: „KiKK-Studie 2007 – Wir IPPNW-Ärzte warnen“, bei: www.ippnw-ulm.de

Die AKWs Brunsbüttel und Krümmel

Eine Tragikomödie in unzähligen Akten von Vattenfall

Am 28.06.07 kommt es im AKW Brunsbüttel zu einem Kurzschluss in der Stromversorgung, der zu einem Brand in einer Turbine führt, der Reaktor wird per Schnellabschaltung runter gefahren. Wenige Stunden später ein Großeseinsatz der Feuerwehr im AKW Krümmel: in einem 400-Tonnen-Transformator bricht Feuer aus. Auch der zweite Vattenfall-Reaktor wird abgeschaltet. Es beginnt ein Medienspektakel, in dessen Verlauf der Stromkonzern zugestehen muss, wichtige Details tagelang verschwiegen zu haben. Während das AKW Brunsbüttel nach dem Störfall zunächst wieder angefahren wird - es wurde nach diversen weiteren Mängeln am 21.07. allerdings wiederum vom Netz genommen - steht Krümmel seit dem Brand still. Für den Betreiberkonzern bedeutet jeder Tag Stillstand etwa 1 Millionen Euro Verlust.

Seit den Störfällen muss Vattenfall beinahe wöchentlich mit neuen „Vorkommnissen“ in beiden Reaktoren an die Öffentlichkeit gehen: Risse in sicherheitsrelevanten Ventilen oder Rohren, defekte Elektrobaugruppen, unplanmäßiger Start eines Notstromgenerators, Pumpenausfall, Transformatordefekt, in Brunsbüttel Diskussionen über die Notstromversorgung und eine 700-Fakten starke Mängelliste, zudem Ansammlung von hochexplosivem Wasserstoffgas in Messleitungen. Anfang Februar stehen mangelhafte Dübelverbindungen, die ausgetauscht werden müssen, im Fokus der Reparaturarbeiten.

Vattenfall versucht seit Monaten zu beschwichtigen: Die Reaktoren würden erst wieder ans Netz gehen, wenn alle offenen Fragen geklärt und alle notwendigen Maßnahmen getroffen worden sind. Der Anfahrtermin verschiebt sich von Oktober vergangenen Jahres in den Dezember, heute heißt es offiziell, man rechne nicht vor Ende März mit dem Neustart in Brunsbüttel, Krümmel bliebe bis Mitte Mai abgeschaltet. Im gleichen Atemzug nennen Betreiber und die zuständige Atomaufsicht in Kiel diese Termine aber hypothetisch: Man können bei den vielen offenen Fragen keine genaue Angabe machen.

Eines scheint aber von Bestand: beide verantwortlichen Instanzen sind sich sicher, dass beide Kraftwerke wieder ans Netz gehen sollen - offensichtlich aber ohne dabei vorrangig auf die Sicherheitsaspekte einzugehen. Die Atomaufsichtsbehörde schreibt am 22.01. hinsichtlich der von Kritikern geforderter Umrüstung des Notstromsystems in Brunsbüttel, dass „aufgrund der begrenzten Restlaufzeit [bei] langfristigen Maßnahmen die Verhältnismäßigkeit berücksichtigt werden [muss]“. Das heißt übersetzt: zugunsten der Gewinne des Betreiberkonzerns werden bei relevanten Sicherheitsfragen Abstriche in Kauf genommen. Vattenfall erwirtschaftete im vergangenen Jahr 2007 trotz erheblicher Kundenverluste einen Gewinn von 1,6 Milliarden Euro allein in Deutschland - rund zehn Prozent mehr als im Vorjahr.

Völlig überbeuerte Strompreise machten dies möglich. Und diese Politik wird offensichtlich von der Atomaufsicht auch noch unterstützt.

Aktuell gipfelt die Störfallserie in erneute Feuerwehreinsetze in beiden Atomkraftwerken: am 04.02. brannte es in der Lüftungsanlage des AKW Krümmel, die Reaktorhalle wurde evakuiert. Am Tag darauf rückt die Werkfeuerwehr in Brunsbüttel zu einem kleinen Feuer auf dem Gelände des dortigen AKW aus. Am 14.02. stellt Vattenfall in einer Presseerklärung fest: „Das AKW Brunsbüttel ist sicher“ – dies sei das Ergebnis der nun abgeschlossenen „Periodischen Sicherheitsüberprüfung“ (PSÜ) von 2001, eines speziellen Gutachtens über Einhaltung der Sicherheitsziele des Reaktors. Mangelhafte Dübel, Rohrrisse oder Defizite in der Notstromversorgung scheinen Gutachter oder Atomaufsicht weder 2001 noch während der Revision 2007 (Anfang März bis Anfang Juni) beeindruckt zu haben.

Über den Fortgang der Reaktor-Misere kann nur gemutmaßt werden: in den nächsten Wochen wird Vattenfall weitere „Vorkommnisse“ aus den AKWs melden müssen, irgendwann werden sich Atomaufsicht und Betreiber über ein Mindestmass an Reparaturen einig, Krümmel und Brunsbüttel werden wieder angefahren – und die ganze Sache unter den Teppich gekehrt. Wie immer.

Jan Becker

Uranmülltransport nach Russland sieben Stunden gestoppt

In Gronau steht die bundesweit einzige Urananreicherungsanlage (UAA), die weltweit Uranbrennstoff für den Betrieb von AKWs liefert. Für den Betrieb der UAA sind zahlreiche internationale Urantransporte von und nach Gronau notwendig. So wird das Natururan zur Anreicherung aus Südfrankreich geliefert, während der Müll nach Russland exportiert wird. Müll – das heißt in diesem Fall abgereichertes Uran in Form von Uranhexafluorid (UF₆). Der Stoff ist äußerst labil und schon die Berührung mit Luftfeuchtigkeit reicht aus, dass sich die tödliche Flusssäure bildet.

Die Endlagerung des abgereicherten UF₆ in Deutschland würde viel Geld kosten – und das will sich die multinationale Betreiberfirma Urenco lieber sparen. Deshalb wird der Uranmüll seit 1996 unter aktiver Beteiligung der Bundesregierung in die Geschlossenen Atomstädte Russlands geschickt. (Beispiel Novouralsk bei Jekaterinburg: Hinter 4 m hohem Stacheldraht leben 100 000 Menschen abgeschirmt von der Öffentlichkeit; die UF₆-Fässer lagern unter katastrophalen Bedingungen auf der freien Wiese.)

Seit 2003 regt sich gegen diese zynische Art des Atommüllexports internationaler Widerstand. Russische, niederländische und deutsche Gruppen arbeiten gemeinsam gegen die Urantransporte. Die Proteste richten sich



Urantransport-Blockade am 16. Januar
(Foto: aaa-West)

auch gegen die deutschen Anteilseigner von Urenco, die Großkonzerne EON und RWE. Inzwischen stehen die früher geheimen Transporte immer stärker in der öffentlichen Kritik.

Am 16. Januar 2008 fuhr der bisher letzte Uranmülltransport in Gronau ab. Doch nach 20 Minuten war bereits Schluss, weil eine französische Umweltaktivistin zwischen Metelen und Burgsteinfurt an einem Seil über der Bahnstrecke hing. Die Bundespolizei hielt den Zug an, flog ein spezielles Kletterkommando der Anti-Terror-Einheit GSG 9 (!) ins Münsterland ein und holte die Aktivistin schließlich mitten in der Nacht vom Seil herunter – der Uranzug konnte erst nach sieben Stunden weiter fahren.

Anschließend gab es auch in Rotterdam und St. Petersburg Verzögerungen und Festnahmen bei weiteren Protesten. Ziel der Initiativen bleibt es, den Uranmüllexport von Gronau nach Russland komplett zu stoppen. Die Chancen dafür stehen günstiger denn je!

Matthias Eickhoff

www.urantransport.de, www.aku-gronau.de, www.anti-atom-aktuell.de

IPPNW klagt auf Stilllegung von Biblis B

Nach jahrelangen Vorarbeiten und einem langwierigen Verwaltungsverfahren beim hessischen Umweltministerium reichte die atomkritische Ärzteorganisation IPPNW am 21. Januar 2008 ihre Klage zur Stilllegung des RWE-Atomkraftwerks Biblis B ein. Das Atomgesetz sieht seit jeher den Widerruf der Betriebsgenehmigung eines Atomkraftwerks vor, wenn dessen Sicherheitsstandard nicht mehr dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik entspricht. Dies ist bei Biblis B zweifellos der Fall.

Das Uralt-Atomkraftwerk Biblis gehört zur 2. Generation der deutschen Druckwasserreaktoren, während die zuletzt in Deutschland errichteten Atomkraftwerke zur 4. Generation gehören. Und selbst die jüngsten deutschen Atomkraftwerke sehen alt aus im Vergleich zu dem, was Reak-

torsicherheitsexperten inzwischen als notwendig erachten. Für Biblis B lassen sich, gestützt auf Bewertungen offizieller Experten, mehr als 150 schwerwiegende Sicherheitsdefizite nachweisen.

Ein internationaler Vergleich der OECD von 1997, sozusagen eine „Pisa-Studie“ für Kernkraftwerke, hat sogar ergeben, dass Biblis B hinsichtlich der Kernschmelz-Festigkeit am schlechtesten abschneidet. In Bezug auf die viel zu schwache Erdbebenauslegung missachtet die hessische Landesregierung vielfach das geltende Recht. Die Entscheidung der Landesregierung, nur eine Absicherung gegen die schwächere Hälfte der möglichen Erdbeben am Standort zu verlangen (so genannte 50%-Fraktile), verstößt gegen die maßgebliche Verwaltungsvorschrift, das einschlägige Oberverwaltungsgerichtsurteil und gegen den

verfassungsrechtlichen Grundsatz einer „bestmöglichen Risikovorsorge“.

RWE und die hessische Atomaufsicht sind noch nicht einmal dazu in der Lage, aus förmlichen Warnungen der Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen, wie ein trotz Vorwarnung eingesetztes gefährliches Dampferzeuger-Reinigungssystem der Firma Siemens zweifellos demonstriert. Das Reinigungssystem führte zu einem kleinen Leck an einem Dampferzeuger-Heizrohr und hätte unter anderen Umständen zum Super-GAU in Biblis führen können.

Henrik Paulitz, IPPNW
www.ippnw.de

Mitmachen gegen Atomkraft

Es gibt viele Möglichkeiten, aktiv zu werden

6. April: Forderungs-Wache an den Atom-Standorten

Die Kinderkrebsstudie erfordert Konsequenzen. Deshalb soll es an möglichst vielen Standorten von Atomanlagen am 6. April Forderungs-Wachen geben, also Mahnwachen mit konkreten Forderungen. Es soll u.a. um eine Umkehr der Beweislast bei der Aufklärung der Krebsfälle um

die Reaktoren gehen. Wenn die Atomkraftwerke nicht die Krebsverursachung beenden, müssen sie ihren krankmachenden Betrieb einstellen! Noch stehen die genauen Aktionsorte und -Zeiten nicht fest. Aktuelle Infos rechtzeitig auf www.ausgestrahl.de

26. April: Fahrradstaffel vom Atom- zum Ökostrom, Hamburg

Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl jährt sich am 26.4.2008 bereits zum 22. Mal. Bereits zum fünften Mal wird deshalb in Hamburg mit einer Fahrradstaffel von Krümmel nach Altona für den Ausstieg aus der Atomkraft und für den Stromwechsel geworben. In Anlehnung

an die Kampagne „Tschüss Vattenfall“ (www.hamburg-steigt-um.de) lautet das Motto der diesjährigen Aktion „Tschüss Vattenfall Bikeclassics“. Los geht es um 10:30 Uhr am AKW Krümmel in der Nähe von Geesthacht. www.stromwechsel-jetzt.de

26.-28. Mai: Proteste gegen Jahrestagung Kerntechnik in Hamburg

Ende Mai findet die „Jahrestagung Kerntechnik“ in Hamburg statt. Die wohl größte Versammlung der Atomlobby in diesem Land. Anti-Atom-Initiativen bereiten sich darauf vor, die Atombande in der Hansestadt gebührend zu begrüßen und deren geplanten Werbefeldzug für die weiteren Nutzung der Atomenergie zu durchkreuzen. Auftakt wird nach derzeitigem Planungsstand

Montag, der 26. Mai mit einem Konzert und einer Kundgebung im Schanzepark sein. Am Dienstag-Vormittag, wenn die Atombande ihre Tagung mit viel politischer Prominenz eröffnet, wird es ab 9 Uhr Aktionen vor den Toren des Veranstaltungsortes, dem CCH am Dammtor geben. Unterstützung ist gewünscht: AntiAtomBüro Hamburg aabbuero@nadir.org oder Robin Wood Hamburg.

1.-4. Mai: Frühjahrskonferenz der Anti-Atom-Bewegung in Ahaus!

Die BI „Kein Atommüll in Ahaus“, der AKU Gronau und das Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen laden für den 1. bis 4. Mai zur Frühjahrskonferenz der Anti-Atom-Bewegung nach Ahaus ein. Am 1. Mai wird auf der BI-Wiese das traditionelle Maifest der BI Ahaus stattfinden, vom 2. bis 4. Mai dann die eigentliche Konferenz. Erwartet werden zahlreiche inländische wie ausländische Anti-Atom-Bewegte, um folgende Themen zu diskutieren: Sfortiger Atomausstieg, Urananreicherung, Atomtransporte, Endlagerung, Atomkonzerne, Internationale Vernetzung und militärische Dimension. Kommt nach Ahaus und macht mit!! www.bi-ahaus.de

Mai oder Juni: Krümmel bleibt aus!

Nach fast einem Jahr Stillstand soll das Skandal-AKW Krümmel wieder ans Netz. Noch steht der genaue Termin nicht fest. Aber bereits jetzt planen norddeutsche

Anti-AKW-Initiativen unter dem Motto „Krümmel bleibt aus!“ eine Blockade des Kraftwerks direkt vor Wiederinbetriebnahme. www.contratom.de

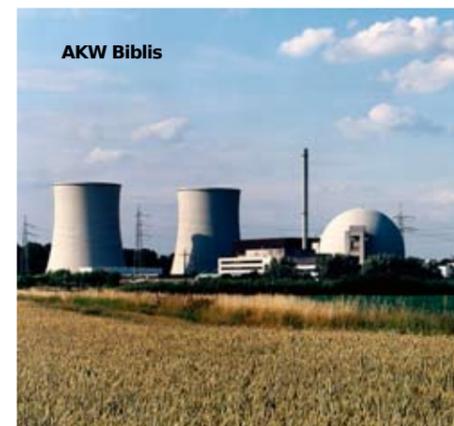
Atomausstieg selber machen!

Die große Stromwechsel-Kampagne von Umweltverbänden und Anti-Atom-Initiativen läuft weiter. Die Zahl der KundInnen der vier empfohlenen Ökostromanbieter hat sich seit dem Start der Kampagne im September 2006 mehr als verdoppelt. www.atomausstieg-selber-machen.de



.ausgestrahl-Postkarten bestellen!

Verschiedene Motive zu den gemeingefährlichen AKWs gibt es auf www.ausgestrahl.de zu bewundern und zu bestellen.



RWE fügt Ihnen und den Menschen in Ihrer Umgebung erheblichen Schaden zu

Impressum

.ausgestrahlt
 Sternschanze 1
 20357 Hamburg
 info@ausgestrahlt.de
 www.ausgestrahlt.de

Spendenkonto
 .ausgestrahlt
 Nr. 2009 306 400
 BLZ 430 609 67
 GLS Gemeinschaftsbank

Mitarbeit: Jan Becker, Matthias Eickhoff, Susanne Mähne, Henrik Paulitz, Regine Richter, Jochen Stay, Reinhold Thiel, Matthias Weyland | **Layout:** Julian Bank | **Druck:** Pachnicke, Göttingen | **Vertrieb:** X-tausendmal quer Regionalgruppe Hamburg | **Auflage:** 4.500 | **V.i.S.d.P.:** Jochen Stay, Auf dem Berg 19, 29439 Jeetzel

Abs: .ausgestrahlt
 Sternschanze 1
 20357 Hamburg

Falls Empfänger verzogen, bitte Anschriftenbenachrichtigungskarte an Absender.

Deutsche Post
 Entgelt bezahlt
 Briefzentrum Elmshorn, 25335



Rückmeldung

Name

Adresse

Adresse (Fortsetzung)

- Bitte schickt mir zukünftig regelmäßig den kostenlosen .ausgestrahlt-Rundbrief an obige Adresse!
- Ich möchte aktiv beim weiteren Aufbau von .ausgestrahlt mitarbeiten. Ladet mich bitte zu einem bundesweiten Treffen ein!

Deine Unterstützung

ist nötig, um aus .ausgestrahlt das zu machen, was wir uns wünschen: Ein Instrument, um die Anti-Atom-Bewegung in diesem Land so zu stärken, dass sie die Auseinandersetzung um die Stilllegung der AKW gewinnen kann. 2008 ist das Jahr des Aufbaus. 2009 wird das Jahr des großen Konfliktes. Aber gerade der Aufbau ist eine teure Angelegenheit. Weil .ausgestrahlt nun eigenständig geworden ist, haben wir noch kaum regelmäßige UnterstützerInnen. Das muss sich jetzt ändern, denn wir haben in den nächsten Monaten viel vor: Eine große Neuaufgabe des .ausgestrahlt-Aufrufes, die wir breit streuen wollen, handliche Argumente-Broschüren gegen die Klima-PR der Atomlobby und zum Thema Uranabbau, Überarbeitung der Webseite, weitere Rundbriefe wie dieser etc. Und am liebsten würden wir eine/n KoordinatorIn beschäftigen, um den weiteren Aufbau kraftvoll vorantreiben zu können. Gerade letzteres braucht verlässliche und regelmäßige Spenden. Natürlich freuen wir uns auch über jede Einzelspende – ob groß oder klein – und sagen jetzt schon: Danke!



Beleg/Quittung für den Kontoinhaber

Konto-Nr. des Kontoinhabers

Begünstigter

.ausgestrahlt

Konto-Nr. des Begünstigten

2009 306 400

Kreditinstitut des Begünstigten

GLS Gemeinschaftsbank

Betrag: Euro, Cent

EUR

Kunden-Referenznummer
 - noch Verwendungszweck (nur für Begünstigten)

Spende

.ausgestrahlt

Kontoinhaber/Einzahler: Name

Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

Bankleitzahl

Den Vordruck bitte nicht beschädigen, knicken, bestempeln oder beschmutzen.

Begünstigter: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen)

.ausgestrahlt

Konto-Nr. des Begünstigten

2009 306 400

Bankleitzahl

430 609 67

Kreditinstitut des Begünstigten

GLS Gemeinschaftsbank

EUR

Betrag: Euro, Cent:

Kunden-Referenznummer - noch Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Überweisenden - (nur für Begünstigten)

.ausgestrahlt//Spende

noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen f 27 Stellen)

RBAU0801

Kontoinhaber/Einzahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

Konto-Nr. des Kontoinhabers

18

Schreibmaschine: normale Schreibweise!
 Handschrift: Blockschrift in GROSSBUCHSTABEN.